

Arbeitsroutine ist der beste Tröster

MARINE 500 Soldaten feiern das

Weihnachtsfest beim Einsatz am Horn von Afrika



Weihnachtsfeier an Bord: Auf See kann es schon mal exotisch zugehen. Deutsche Soldaten beim Krippenspiel auf dem Deck einer Fregatte.

BILDER: MARINE/ANN-KATHRIN FISCHER/THORSTEN VON BEEKEN

Ganz ohne Wehmut geht es nicht. Besche-

Bundeswehr-Mission I: Ausriß aus dem »Anzeiger für Harlingerland« (Ostfriesland)

Warlords, Djihaad & Piraten

Die aus Somalia abziehenden äthiopischen Truppen lassen ein vom Guerillakrieg zerstörtes Land zurück. Fundamentalistische Gruppen sind stärker denn je, ein islamischer Staat scheint unausweichlich.

Von Ruben Eberlein

Mission accomplished, so hieß es aus dem äthiopischen Außenministerium am Anfang des Jahres anlässlich des begonnenen Abzugs der Ethiopian National Defence Force (ENDF) aus Somalia. Man habe dem »brüderlichen Volk« im Nachbarland geholfen, »der Staatenlosigkeit ein Ende zu setzen und Frieden und Stabilität« herzustellen. Weiter entfernt von der Realität in dem bürokratisch zerstörten Somalia könnte diese Siegesmeldung nicht sein. Die von den Äthiopiern unterstützte Übergangsregierung (Transitional Federal Government, TFG) wird täglich irrelevant, weite Teile der zentralen und südlichen Regionen werden von islamistischen Rebellen gehalten, die Hauptstadt Mogadischu ist gezeichnet von zwei Jahren bewaffneter Kämpfe,

Hunderttausende Menschen befinden sich immer noch oder erneut auf der Flucht.

Die Fundamentalisten der Al-Shabaab, die maßgeblich die Rebellion gegen die Besatzer in den vergangenen zwei Jahren trugen, sehen keinerlei Anlaß, jetzt die Waffen niederzulegen, denn sie haben ihre eigenen Pläne für das Land am Horn von Afrika. »Wir werden die Kämpfe auch dann nicht einstellen, wenn die äthiopischen Truppen abgezogen sind, denn unser Ziel ist die Einführung des islamischen Rechts in ganz Somalia«, zitierte im Dezember 2008 die »New York Times« Mukhtar Robow, einen Militärkommandeur der Gruppe.

Daran wird sie auch Amisom, die 3.400 Soldaten starke Truppe der Afrikanischen Union (AU), nicht hindern können. Zwar plante die

AU die Stationierung von bis zu 8.000 Mann, doch nur Uganda und Burundi waren bisher bereit, Kontingente in das zerfallene Land zu entsenden. Verstärkung aus Nigeria wurde angekündigt, wann sie eintreffen wird, ist allerdings unklar. Den Aufständischen gilt Amisom, die sich vor allem auf die Sicherung von Flug- und Seehafen sowie der Regierungsgebäude in der Hauptstadt Mogadischu konzentriert, als verlängerter Arm der verhassten TFG. Entsprechend häufig werden AU-Soldaten zum Ziel von Sprengstoffanschlägen und bewaffneten Angriffen.

Tatsächlich gibt es für die Islamisten derzeit keinen Grund, sich auf einen Deal mit der überaus schwachen TFG einzulassen. Das Machtteilungsabkommen zwischen der Über-

gangsregierung und einem gemäßigten Flügel der islamischen Opposition, das Mitte 2008 in Dschibouti ausgehandelt wurde, hat für die Situation im Land praktisch keine Bedeutung. Al-Shabaab und andere oppositionelle Gruppen kontrollieren mehr Städte und Regionen als vor der Intervention Äthiopiens im Dezember 2006, verfügen über erheblichen Rückhalt in der Bevölkerung und werden von Eritrea, dem Erzfeind Äthiopiens, finanziell und logistisch unterstützt. Darüber hinaus zeigen sich Teile der großen somalischen Diaspora ebenso spendabel wie private »Hilfswerke« in der arabischen Welt. Der Errichtung eines islamischen Staates scheint also wenig im Wege zu stehen.

Gegen dessen Schaffung richtete sich die Militäraktion der ENDF. Mitte 2006 hatte die Union der Islamischen Gerichte (UIC), ein Zusammenschluß von gemäßigten und extremen Islamisten, die Macht in Mogadischu und zahlreichen Regionen des Landes übernommen, das seit 1991 über keine zentrale Regierung mehr verfügt. Im Laufe des halben Jahres ihrer Herrschaft radikalisierte sich sowohl die Anwendung der Sharia als auch die Politik gegenüber Äthiopiens, das aufgrund der immer aggressiver vorgetragenen Gebietsansprüche der Islamisten auf Gebiete im Nachbarland zunehmend weniger gewillt war, sich mit einem islamistischen Regime in Somalia zu arrangieren.

Die Terrorisierung der Zivilbevölkerung durch diverse Warlord-Gruppen hatte der UIC zu ihrem Sieg verholfen. Eine Koalition dieser Kriegsfürsten, die unter dem Namen Antiterror-Allianz für die Wiederherstellung des Friedens (ARPCT) auftrat, erfreute sich der Unterstützung auch durch die US-Administration, die Somalia lediglich als ein mögliches Rückzugsgebiet des internationalen Terrorismus zu interessieren scheint.

Nahezu alle Somalia-Beobachter stimmen darin überein, daß die Politik der USA und Äthiopiens genau das Gegenteil dessen erreicht hat, was sie beabsichtigte: Der religiöse Fundamentalismus in der gesamten Region erlebte einen kräftigen Aufschwung, die Vernetzung zwischen den lokalen Gruppen und international agierenden Djihadisten verfestigte sich. Obwohl die USA nur zögerlich auf die interventionistische Strategie Äthiopiens einschwenkten, verbreiteten sich antiamerikanische Ressentiments im gesamten Land. »Das Ansehen der USA in Somalia ist so mies, daß es schwer vorzustellen ist, wie die US-Regierung irgendeine konstruktive Rolle bei der Unterstützung eines politischen Abkommens spielen könnte«, kommentiert Bronwyn Bruton vom Council on Foreign Relations gegenüber KONKRET.

Ebenso verachtet wie die USA, die bereits 1993 im Zuge der Operation »Restore Hope« eine spektakuläre Niederlage hinnehmen mußten, wird von den meisten Somalis die seit 2004 amtierende TFG. Das ist auch kein Wunder, denn sie hatte bereits vor der Invasion und dem sich daran anschließenden Guerillakrieg keinerlei Anstrengungen unternommen, durch eine Verbesserung der verheerenden Lebens-

umstände das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Es war im Gegenteil während der halbjährigen Herrschaft der UIC, daß sowohl der Flug- als auch der Seehafen Mogadischus wieder öffnen konnten, die Zahl der Checkpoints und die damit verbundene Wegelagerung rapide abnahmen und die Sicherheit in der Hauptstadt erheblich verbessert wurde.

Die Sicherheitskräfte der TFG und die von ihr unterstützten Milizen terrorisieren die Bewohner nicht nur dann, wenn sie diese für Sympathisanten oder Aktivisten der islamistischen Gruppen halten. Mord, Vergewaltigung, Körperverletzung und Raub sind an der Tagesordnung, so kürzlich ein Bericht von Human Rights Watch (HRW). Sowohl Aufständische als auch ihre Gegner, die Invasionstruppen und die TFG, nahmen während des Krieges keinerlei Rücksicht auf Zivilisten. Die Islamisten feuerten ihre Raketen bevorzugt aus dichtbewohnten Gebieten ab, die daraufhin wiederum vom äthiopischen Militär bombardiert wurden.

Der Polizei steht mit Abdi Hasan Awale Qeybdiid ein Kriegsherr vor, der in den frühen neunziger Jahren gegen die UN- und US-Truppen kämpfte und später der von den Islamisten

Die Ausbreitung der Piraterie ist nicht zuletzt der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Küstenbewohner durch die illegale Überfischung der Gewässer durch europäische, asiatische und afrikanische Trawler geschuldet

verjagten ARPCT angehörte. Der Geheimdienst National Security Agency (NSA) ist für seine willkürlichen Verhaftungen bekannt; im NSA-eigenen Knast schmoren immer wieder auch Journalisten und NGO-Aktivisten. Darüber hinaus unterhalten eine Reihe von einflußreichen Figuren wie Qeybdiid, der im Dezember 2008 zurückgetretene Präsident der TFG, Abdullahi Yusuf Ahmed, Geheimdienstchef Mohammed Warsame Darawish und der frühere Bürgermeister Mogadischus, Mohammed Omar Habib, ihre Privatmilizen.

Das ist für die Europäische Union und die USA allerdings kein Grund, ihre finanzielle und diplomatische Unterstützung für die Übergangsregierung einzustellen. Wie Ioan Lewis, einer der angesehensten Somalia-Experten, im Interview mit dieser Zeitschrift erklärt, hätte die EU die TFG nie unterstützen dürfen: »Es war ein grober Fehler, dieses verrufene Bündel aus Kriegsherren und Kriminellen zu versammeln.« Vor einer Ausweitung der Hilfe warnt Lewis eindringlich.

Auch die Vereinten Nationen setzen weiterhin auf die völlig diskreditierte TFG. Das Entwicklungsprogramm UNDP bezahlte der somalischen Polizei seit 2007 die Gehälter, rüstete sie

aus und trainierte sie. Nach Informationen von HRW übte die Europäische Kommission massiven Druck auf die UN aus, die Bezahlung der Polizisten über das UNDP trotz der zahlreichen Verbrechen der Truppe auszuweiten. Das wird auch von anderen Beobachtern kritisiert. »UNDP besitzt keinerlei Glaubwürdigkeit in Somalia«, kommentiert Abdi Samatar, somalischer Professor für Geographie und Globale Studien an der Universität von Minnesota, gegenüber KONKRET. »Sie wird als opportunistische Einrichtung angesehen. Die Polizeikräfte müssen professionell und politisch neutral sein und können nicht durch Kriegsherren und Kriminelle geführt werden, wie es heute der Fall ist.«

Während der Krieg in Nahost teilweise hysterische Reaktionen von Friedensfreunden jeglicher Couleur, geballte mediale Aufmerksamkeit und eine Schar von Vermittlern auf sich zieht, kommt Somalia in der westlichen Öffentlichkeit praktisch nicht mehr vor. Selbst schätzungsweise 16.000 Tote in den vergangenen zwei Jahren und über eine Million Vertriebene konnten das Interesse der internationalen Diplomatie, sieht man von den UN ab, nicht wecken. Statt dessen business as usual: Äthiopien ist trotz der Vergehen seiner Armee und der ebenso nutzlosen wie destabilisierenden Intervention wichtiger Partner der USA, und aus dem deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fließt demnächst noch mehr Budgethilfe als bisher dorthin. Kritik am Einmarsch im Nachbarland oder zumindest am rücksichtslosen Vorgehen gegen Zivilisten war bisher nicht zu vernehmen.

Statt dessen konzentriert sich die »internationale Gemeinschaft« auf ein Symptom der somalischen Krise: die sich seit dem Sturz des UIC rasant ausbreitende Piraterie an der langen Küste des Landes. Inzwischen patrouillieren Kriegsschiffe der Nato, der EU, Russlands, Chinas und Indiens in den Gewässern zwischen Jemen und Somalia, um erneute Überfälle auf Öltanker, Luxusyachten oder Handelsschiffe zu verhindern. Das Kidnapping und die Erpressung von Lösegeld haben sich in der nordöstlichen autonomen Region Puntland und in Zentralsomalia zu einem lukrativen Geschäft entwickelt. Die Einnahmen der Piraten werden für 2008 auf bis zu 30 Millionen US-Dollar geschätzt; zwischen 1.000 und 1.500 Männer sollen in dem Gewerbe tätig sein.

Die Ausbreitung der Piraterie ist nicht zuletzt der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Küstenbewohner durch die illegale Überfischung der Gewässer durch europäische, asiatische und afrikanische Trawler geschuldet. Kriminelle Netzwerke aus der EU nutzen darüber hinaus die Region seit vielen Jahren bevorzugt als Müllkippe für giftige Abfälle. Für das vom Kriegsgeschehen relativ verschont, aber bettelarme Puntland ist eine effektive Kontrolle dieser Aktivitäten nur schwer möglich, und ein Teil der Küstenwache dient seine nautischen Fähigkeiten lieber den Piraten an. Zudem fließt

TERMINE

bis 28.2. **Hamburg**, Metropolis-Kino, Steindamm 52-54: Filmreihe »Zweite Heimat«; www.metropoliskino.de

29.1.-26.4. **Frankfurt a. M.**, Caricatura-Museum, Weckmarkt 17: Greser & Lenz-Ausstellung »Hurra, die Krise ist vorbei!«

30.1. **Regensburg**, 19 Uhr, Universität, H4: »Der Iran. Die islamische Republik auf dem Weg zur Atommacht«; Vorträge von Fathiyeh Naghibzadeh und Thomas von der Osten-Sacken

1.2. **Aachen**, 20 Uhr, Jakobshof: Gerhard Henschel liest aus *Da mal nachhaken: Näheres über Walter Kempowski*

1.2. **Berlin**, 11 Uhr, Kino »Die Kurbel«, Giesebrechtstraße 4: Filmpremiere »Zwischen allen Stühlen. Lebenswege des Journalisten Karl Pfeifer«

2.2. **Hamburg**, 20 Uhr, Vers- und Kaderschmiede im Polittbüro, Steindamm 45: Peter-Hacks-Abend mit Monica Bleibtreu, Peter Striebeck, Henning Venske, Marco Tschirpke

5.2. **Berlin**, 15 Uhr, Akademie der Künste, Hanseatenweg 10: »Nach Weltuntergang. Positionen Kritischer Theorie nach Auschwitz«; Vortrag von Gerhard Scheit im Rahmen der Konferenz: »Überleben. Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften?«

5.2. **Düsseldorf**, 19.30 Uhr, Buchladen Bibabuze: *Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst - eine deutsche Karriere*; Buchvorstellung mit Klaus Gietinger

5.2. **Hamburg**, 19 Uhr, Buchhandlung Seitenweise, Hammer Steindamm 119: Buchvorstellung »...das war ja kein Spaziergang im Sommer.« *Die Geschichte des Überlebendenverbandes des KZ Neuengamme*

5.2. **Hamburg**, 20.30 Uhr, Nachtasyl im Thalia-Theater: Toter Salon mit Rayk Wieland, Gerhard Henschel und Matthias Keidtel

5./6.2. **Hamburg**, 20 Uhr, Polittbüro: »Gott der Herr hat 7 Zähne - von der Überlegenheit der westlichen Zivilisation«; von und mit Lisa Politt

6.-8.2. **Berlin**, Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Allee 10: »Audio Poverty - eine Konferenz über Musik und Armut«

11.2. **Freiburg**, 20 Uhr, Jos-Fritz-Café, Wilhelmstr. 15: »Das Heldische bei Beethoven, Richard Strauss und Arnold Schönberg«; Vortrag von Clemens Nachtmann

14.-21.2. **Kassel**, Kasseler Komik-Kolloquium »12 Stunden bis zur Ewigkeit«; www.12stunden-bis-zur-ewigkeit.de

17.2. **Bonn**, 20 Uhr, Kino im Kult 41, Hochstadtenering 41: NN-TV präsentiert »Shortcut to Justice«

20.-22.2. **Bremen**, »Marxismus-Leninismus an der Macht« Seminar zum real existierenden Sozialismus; www.junge-linke.de

23.2. **Hamburg**, 20 Uhr, Polittbüro: Peter-Hacks-Abend mit Monica Bleibtreu, Peter Striebeck, Henning Venske, Marco Tschirpke

24.2. **SWR 3**, 19.30 Uhr: »Laß uns miteinander reden. Im Studio mit dem Maschinengewehr Gottes«; Hörspiel von Wenzel Storch

• nach Informationen einer UN-Expertengruppe ein Teil des Lösegelds an hochrangige Politiker Puntlands. Auch Expräsident Abdullahi Yusuf Ahmed, der aus dieser Region stammt, soll anderen Berichten zufolge von den Geldern profitieren.

Einen ungeliebten Partner bei der Bekämpfung der Piraterie haben die westlichen Staaten in den extremen Islamisten, die derlei Aktivitäten als Verstoß gegen ihre Religion ansehen, einen salafistisch-djihadistischen Panislamismus. Doch es bleibt bei dieser einen Gemeinsamkeit. Sonst bemühten sich die Gotteskrieger redlich, alle Worst-Case-Szenarien der Antiterrorstrategen wahr werden zu lassen. Der im Mai 2008 durch einen US-Raketenangriff getötete Anführer von Al-Shabaab, Aden Hashi »Ayro«, durchlief eine zweijährige Ausbildung in den Lagern der afghanischen Taliban. An der

Bundeswehr-Mission II: Deutscher Soldat beim Einsatz in Dschibuti, Dezember 2008



Seite der Somalier sollen Freiwillige aus dem tansanischen Sansibar, den Komoren, Kenia, dem Sudan, Afghanistan und Pakistan kämpfen. Wiederholt bombardierten die USA Ziele in Somalia, um Personen zu töten, die in Verbindung zu den Anschlägen auf die US-Botschaften in Dar es Salaam und Nairobi 1998 sowie auf ein von Israelis frequentiertes Hotel an der kenianischen Küste im Jahre 2002 stehen sollen.

Einem Bericht der Somalia-Expertengruppe an den UN-Sicherheitsrat zufolge soll Al-Shabaab auch Hilfe für ihre Gesinnungsgenossen von der Hisbollah geleistet haben. 720 ausgewählte Männer seien 2006 in den Libanon geschickt worden, um die dortigen Extremisten im Kampf gegen Israel zu unterstützen. Die Hilfe soll Teil eines Dreiecksplans gewesen sein, demzufolge der Iran Maschinengewehre, Luft-Boden-Geschosse, Raketenwerfer und Landminen für die UIC zur Verfügung stellte. Der Iran habe die Kämpfer von Al-Shabaab und deren

Familien auch finanziell unterstützt, heißt es.

Eine Alternative zur Herrschaft der Warlords, der Errichtung eines islamischen Staates oder der Fortsetzung der Okkupation mit indirekten Mitteln ist für Somalia derzeit nicht in Sicht. Nach fast zwei Jahrzehnten des Bürgerkriegs, des gesellschaftlichen Zerfalls und der massenhaften Emigration stellt das islamische Recht nicht nur für Extremisten, sondern wohl auch für die Mehrheit im Lande eine der letzten verbliebenen Möglichkeiten für ein weniger gewalttätiges und unberechenbares Regime dar. Ohne die Beteiligung von Al-Shabaab und anderen Islamisten ist ein Frieden derzeit jedenfalls nicht zu haben. Die meisten Beobachter setzen allerdings darauf, daß eine strikte Religionsdiktatur den in Glaubensfragen generell moderat eingestellten Somalis nicht aufzuzwingen sein wird.

Als Vorbild für eine mögliche Entwicklung in Süd- und Zentralsomalia gilt die nordwestliche Region, die sich seit 1991 vergeblich unter dem Namen Somaliland um diplomatische Anerkennung bemüht. Nach Ansicht von Ioan Lewis ist die relative Stabilität dort der behutsamen Konsultation auf lokaler Ebene geschuldet, die ohne internationale Unterstützung auskam und die die gesellschaftlichen Realitäten des Landes - die starke Identifizierung mit dem jeweiligen Clan, die zentrale Rolle von deren Anführer und die hohe Bedeutung der Religion - berücksichtigt.

Diese Aussichten mögen dem säkularen Außenstehenden, der sich in sicherer Entfernung zur Kriegszone Somalia befindet, mißfallen. Doch die jüngste Geschichte des Landes zeigt, daß die grundsätzliche Ablehnung und Bekämpfung der tief verwurzelten Religiosität lediglich dazu beigetragen hat, die extremsten Strömungen zu stärken und die Bevölkerung den Djihadisten in die Arme zu treiben. Es ist zu hoffen, daß die neue US-Regierung sich von der desaströsen Politik der Bush-Jahre verabschiedet und ihre begrenzten Möglichkeiten nutzt, um sowohl auf Äthiopien als auch auf Eritrea mäßigend einzuwirken. Die Zeit drängt, denn Äthiopien hat bereits damit begonnen, ihm wohlgesonnenen Kriegsherren finanziell und logistisch unter die Arme zu greifen.

Die Unterstützung von kriminellen Warlords aus Äthiopien und die Hilfe für die Islamkrieger aus Eritrea muß gestoppt werden, um überhaupt die Chance für ein Ende des Konflikts zu bekommen. Die Einstufung Eritreas als staatlichen Unterstützer des Terrorismus, die durch die USA erwogen wird, wäre nach Einschätzung der meisten Analysten allerdings kurzsichtig und außerdem wirkungslos. Von den Europäern sind deutliche Worte und Sanktionen gegen jene Kriegsherren in und um die Übergangsregierung zu fordern, die sich angesichts der finanziellen und diplomatischen Unterstützung gut mit der derzeitigen Situation arrangiert haben.

Ruben Eberlein schrieb in KONKRET 8/08 über das Milizenwesen im Nigerdelta

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungs-
hinweise veröffentlicht. Bitte die Termine bis zum Er-
sten des Vormonats mailen an [redaktion@konkret-
magazin.de](mailto:redaktion@konkret-
magazin.de) oder faxen an 040/851 25 14